

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand (links) im Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez, der laut Kohl als Ratspräsident viel zum Erfolg beigetragen hat.

EG: Einstieg in die Währungsunion

Madrid (spk/dpa) Die EG-Staats- und Regierungschefs haben am Dienstag in Madrid den Einstieg in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Die erste Phase soll am 1. Juli 1990 beginnen und sieht zunächst eine engere währungs- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der zwölf EG-Länder vor. Gleichzeitig sollen die weiteren Schritte bis zur möglichen Schaffung einer europäischen Zentralbank von den zuständigen EG-Organen vorbereitet und später von einer Regierungskonferenz in neue EG-Verträge umgesetzt werden.

Die Gipfelkonferenz beschloss ferner ohne die Stimme Grossbritanniens, die Arbeiten an einer Sozialcharta und an einklagbaren sozialen Mindeststandards in der EG fortzusetzen. Der EG-Ministerrat soll nach dem Beschluss vor dem nächsten Gipfeltreffen im Dezember in Strassburg weitere Vorschläge ausarbeiten. Der spanische Regierungschef Felipe Gonzalez hatte bei der Abstimmung zu diesem Punkt gefragt, ob elf oder alle zwölf Länder einverstanden seien. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher erklärte daraufhin: «Elf ist korrekt.»

Näheres zum EG-Gipfeltreffen auf der «Letzten Seite»

Anteil HIV-positiver Personen vergleichbar mit jenem in der Schweiz

Arbeitsgruppe legte der Regierung einen Zwischenbericht zur Aids-Situation in Liechtenstein vor – Prävention hat nach wie vor erste Priorität

(paf) – Auf der Grundlage eines Konzeptes der Sozial- und Präventivmedizinischen Dienststelle zur AIDS-Bekämpfung in Liechtenstein hat die Regierung im März 1987 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die alle Massnahmen im Bereich der AIDS-Prävention bearbeitet und koordiniert. Wie aus einem Zwischenbericht der Arbeitsgruppe an die Regierung hervorgeht, erfolgten die bisherigen Aktivitäten vor allem im Bereich der Information und Beratung.

So wurde eine AIDS-Informationsbrochure und der Informationsprospekt «AIDS-Hilfe Liechtenstein» herausgegeben; Vortragsreihen und verschiedene Aktionen, beispielsweise an der LIHGA 1988 und am Theater am Kirchplatz, durchgeführt. Die Information erfolgte im weiteren durch verschiedene Rundschreiben an bestimmte Berufs- und Gesellschaftsgruppen, durch Beiträge in den Landeszeitungen, in Jugend- und Alternativzeitungen sowie durch Veranstaltungen an den Schulen und den Einsatz einer Wanderausstellung. Die AIDS-Arbeitsgruppe betreute zudem die Rekrutierung und Ausbildung von freiwilligen Helferinnen und Helfern und den Aufbau eines

AIDS-Medienarchivs. Dazu kommen die direkte Beratungs- und Betreuungstätigkeit, Kontakte zu anderen Dienststellen im Drogenbereich, in der Prophylaxe und der spitalexternen Krankenpflege sowie die Zusammenarbeit mit der AIDS-Hilfe Schweiz und anderen ausländischen Organisationen.

Anonymisierung und Tabuisierung

Im Bericht an die Regierung weist die AIDS-Arbeitsgruppe darauf hin, dass mit dem Aufbau der liechtensteinischen AIDS-Hilfe und deren Mitgliedschaft bei der AIDS-Hilfe Schweiz gute Präventionsvoraussetzungen geschaffen worden sind. Die Kleinstaatlichkeit und die damit verbundene Überschaubarkeit führe jedoch zu einer ausgeprägten sozialen Kontrolle, die eine Anonymisierung und Tabuisierung mit sich bringe. Gemäss dem Bericht lassen sich Angaben zur Zahl der HIV-infizierten Personen in der Bevölkerung als Beurteilungsgrundlage der gesundheitspolitischen Massnahmen und der ökonomischen Auswirkungen nur als Schätzungen ermitteln. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der anonymen, in Liechtenstein

durchgeführten Tests zu gering ist, um daraus Schlüsse ziehen zu können. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass der Anteil der HIV-positiven Personen in Liechtenstein vergleichbar ist mit jenem in der Schweiz.

Prävention hat erste Priorität

Im Hinblick auf die im Bericht geforderten weitergehenden Massnahmen hat die Regierung die Sozial- und Präventivmedizinische Dienststelle beauftragt, konkrete Durchführungsvorschläge auszuarbeiten. Nach wie vor hat dabei die Prävention, der Schutz der nicht betroffenen Mehrheit der Bevölkerung vor der Epidemie, erste Priorität. So sollen Information und Aufklärung der Bevölkerung und spezifischer Gruppen weitergeführt werden.

Eine zentrale Bedeutung wird neben der Information und einer umfassenden Aufklärung über das Risikoverhalten der Freiwilligkeit des Tests zukommen. In diesem Zusammenhang soll ein optimales Umfeld geschaffen werden, damit sich potentiell Gefährdete aus eigenem Verantwortungsgefühl heraus untersuchen lassen und weniger risikobehaftete Verhaltensweisen praktizieren.

Modelle spitalexterner Pflege

Schüler und Jugendliche müssen gemäss dem Bericht in Zukunft vermehrt befähigt werden, AIDS-spezifisches Problembewusstsein zu entwickeln, damit das grundsätzlich vorhandene Wissen in entsprechendes Handeln und Verhalten umgesetzt werden kann. Weitere wichtige Massnahmen sieht die Arbeitsgruppe im vermehrten Einbezug von freiwilligen Helferinnen und Helfern, in der Entwicklung von Modellen spitalexterner Pflege und Betreuung sowie weitergehender Präventionsmassnahmen im Drogenbereich.

Ein Hospiz für die Aidskranken?

Zur Aids-Situation in Liechtenstein heisst es im Rechenschaftsbericht 1988 der Regierung u. a.: «Mit sechs Erkrankten können wir uns dem Problem in keiner Weise mehr verschliessen und müssen grosse Anstrengungen unternehmen, dass die Botschaften der Aids-Prophylaxe durch die Bevölkerung in den bekannten Risikosituationen auch umgesetzt werden.» Die von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe sieht eine der wichtigen Massnahmen auch in der Entwicklung von Modellen spitalexterner Pflege und Betreuung (siehe nebenstehender Bericht). Im Rahmen der Behandlung des Rechenschaftsberichtes (Bereich Gesundheitswesen) ist die Regierung vom FBP-Abgeordneten Dr. Dieter Walch auf diese Thematik angesprochen worden. Der für das Ressort zuständige Regierungsrat Dr. Peter Wolf sagte dazu, dass ein Projekt für die Unterbringung von Aidskranken in Liechtenstein, in Form von einem Hospiz, ins Auge gefasst werde. Bezugnehmend auf die geplante Einrichtung einer therapeutischen Wohngemeinschaft in Mauren betonte der Regierungsvorsitzende jedoch, dass es nicht leicht sei, der Bevölkerung die Versorgung bzw. Unterbringung solcher Patienten verständlich zu machen.

Pensionsversicherung für vollamtliche Vorsteher

Postulat über eine Abänderung des Pensionsversicherungsgesetzes für das Staatspersonal eingereicht

In einem Postulat, das an der letzten Landtagssitzung von Abgeordneten beider Fraktionen eingereicht wurde, wird die Regierung eingeladen, dem Landtag eine Abänderung des Pensionsversicherungsgesetzes für das Staatspersonal in Vorschlag zu bringen, wonach auch die vollamtlichen Vorsteher in unseren Gemeinden, im Sinne von Abschnitt VI. (Ruhegehälter), mit in die Pensionsversicherung für das Staatspersonal integriert werden können.

In der Begründung weisen die Postulanten einleitend darauf hin, dass in den letzten Jahren Vorsteher grösserer Gemeinden vermehrt ins vollamtliche Anstellungsverhältnis überführt wurden. Es sei wohl auch anzunehmen, dass in den nächsten Jahren noch weitere Gemeinden dieser neuen Praxis folgen werden. Wörtlich heisst es dann in der Begründung weiter: «Nachdem die Herren Gemeindevorsteher der jeweiligen vierjährigen Direktwahl unterstehen, ist es abso-

lut im Bereiche der Möglichkeit, dass ein Gemeindevorsteher aufgrund der vorgegebenen örtlichen Situation einige Jahre vor seinem Pensionierungsalter de facto von seinem Vollamte abgewählt wird. Daraus ist zweifelsohne abzuleiten, dass sich die Kandidatensuche für Gemeindevorsteher für die jeweiligen politischen Ortsgruppen zusehends auch schwieriger gestaltet. Dies wohl auch bedingt durch die Tatsache, dass für evtl. frühzeitig aus dem Amte als Gemeindevorsteher ausscheidende Mitbürger keine eigentliche und effektive Altersvorsorge – 2.-Säulen-Regelung – vorgegeben ist.

Wie man heute feststellen kann, sind die diesbezüglichen Regelungen in den Gemeinden, sofern überhaupt vorhanden, ganz unterschiedlicher Natur, die dem eigentlich wichtigen Status der Gemeinden in unserem gesamten Staatswesen nicht zu entsprechen vermögen.

Wenn man in dieser Richtung etwa Vergleiche mit dem Ausland anstellt,

sind dort für solche Fälle weit entgegenkommendere Lösungen, als dies bei uns der Fall ist, vorgesehen. Daher müsste es unseres Erachtens ermöglicht werden, dass für evtl. Fälle, wie den erwähnten oder ähnliche (könnten auch gesundheitlicher Natur sein) über die staatliche Personalvorsorgeversicherung zumindest die Möglichkeit geschaffen werden sollte, damit solche Lösungsmöglichkeiten etwas abgerückt von der jeweiligen Gemeindepolitik als landesübergreifende Lösung herbeigeführt werden könnten.

In diesem Sinne erachten es die unterzeichneten Abgeordneten als der Sache dienlich, wenn in unserem Lande entsprechende Lösungsmöglichkeiten via Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal überprüft, bzw. erarbeitet und evtl. als Varianten-Vorschläge dem Landtag zur Beschlussfassung unterbreitet werden.»

Die Beitragsleistungen haben um 5 Millionen zugenommen

Die Landesrechnung 1988 unter der Lupe – Die laufenden Beitragsleistungen machen den wichtigsten Aufwandsposten des laufenden Haushalts aus

Die laufenden Beitragsleistungen des Staates sind auch im letzten Jahr wieder kräftig in die Höhe geklettert. Zwar hatte die Regierung im Budget mit 87,8 Millionen Franken Aufwendungen gerechnet, wovon nur 83,4 Millionen Franken gebraucht wurden. Im Vergleich zur Vorjahresrechnung stiegen die laufenden Beitragsleistungen jedoch um 5,5 Millionen Franken an.

Die laufenden Beitragsleistungen, Subventionen und Defizitanteile stellen die betragsmässig gewichtigste Ausgaben-gruppe im staatlichen Haushalt dar. Sie

erfordern im Berichtsjahr die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 83,4 Mio, was im Vergleich zur Vorjahresrechnung einer Zunahme von 5,4 Mio Franken oder einer Zuwachsrate von 7,0 Prozent entspricht. Gegenüber dem Vorschlag fiel der Aufwand indessen deutlich hinter die angenommene Wachstumsentwicklung zurück, zumal die effektiven Aufwendungen um 4,4 Mio Franken oder um 5,1 Prozent unter dem Budgetrahmen liegen.

Im Bereiche der Regierung und allgemeinen Verwaltung blieben 0,5 Mio Franken der bewilligten Beitragskredite unausgeschöpft. Um 0,2 Mio geringer fielen die Ausgaben für die archäologischen Grabungen und Auswertungen aus, da sich die Arbeiten des Personals infolge des Brandfalles im eingemieteten Gebäude vor allem auf die Reinigung der Grabungsfunde konzentrieren mussten. Bei den laufenden Aufwendungen für den Denkmalschutz, welche insgesamt um 0,1 Mio unter dem Budgetkredit ausfielen, verzögerte sich die geplante Publikation des Ortsbildschutzzinventars. Um rund 0,2 Mio Franken unter dem Budgetrahmen hielten sich auch die Beiträge für die Sportförderung, zumal verschiedene geplante Sonderanlässe nicht durchgeführt wurden. Dagegen stiegen die Aufwen-

dungen für den Naturschutz um rund 0,1 Mio Franken über den Kreditrahmen hinaus an, da sich die Gelegenheit bot, verschiedene Grundparzellen in den Naturschutzgebieten anzukaufen.

Beiträge im Bildungswesen

Um rund 1,6 Mio Franken geringer als veranschlagt fielen die Beitragsleistungen im Bereiche des Bildungswesens aus. Davon entfällt allein ein Anteil von knapp 0,7 Mio auf die verminderten Betriebskostenbeiträge für die ausländischen Berufsschulen. Ursache hierfür bilden zur Hauptsache die geringere Anzahl von Lehrlingen und die Stabilisierung der Schulgeldbeiträge auf dem Niveau der Vorjahre. Um je 0,1 Mio Franken geringer als budgetiert fielen auch die Defizitbeiträge für die Musikschule und die In-

genieurschule aus, zumal die Personalkosten keine teuerungsbefreierte Erhöhung erfahren. In gleicher Weise blieben die Aufwendungen für Stipendien und Ausbildungsbeihilfen um gut 0,1 Mio Franken unter den Limiten des Vorschlags. Bei den Beiträgen an andere Schulen blieben nahezu 0,4 Mio des Kreditvolumens von der Verwendung ausgenommen, zumal vor allem die Beiträge für die Heilpädagogische Tagesstätte, für die Kantonsschule Sargans und für die Mädchenseminarien nicht wie angenommen anstiegen.

Die Subventionen für die Förderung der Landwirtschaft fielen gesamthaft um 0,2 Mio geringer aus, da weniger Tiere der Rindviehgattung zu den anberaumten

(Fortsetzung auf Seite 2)

Aufgabenbereiche	Rechnung 1987	Voranschlag 1988	Rechnung 1988
Regierung, allg. Verwaltung	12 892 964	12 789 000	12 291 173
Bildungswesen	25 335 215	28 387 000	26 725 774
Land- und Forstwirtschaft	4 966 581	4 850 000	4 675 422
Gesundheitswesen	4 090 407	5 425 000	4 490 031
Sozialwesen	30 078 492	35 815 000	34 676 095
übrige Bereiche	569 027	550 000	522 397
Beitragsleistungen total	77 932 686	87 816 000	83 380 892

Fischereiverwalter tagen in Triesenberg

Heute Mittwoch beginnt in Triesenberg eine zweitägige Tagung der schweizerischen Fischereiverwalter. Auf dem Tagungsprogramm stehen neben Fachreferaten der Fischereiexperten des Bundes und der Kantone Exkursionen nach Balzers (Wiederbewässerung der Balzner Bäche) und nach Ruggell (Fischtrappe Rhein-Kanal). Die Tagung wird von Dr. Hans Ulrich Schweizer vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft geleitet. Heute abend gibt die Regierung für die Tagungsteilnehmer aus der Schweiz ein Abendessen. Liechtenstein ist an der Tagung durch den Leiter des Amtes für Gewässerschutz, Theo Kindle, vertreten, der ein Referat über das Fischereiwesen im Fürstentum Liechtenstein halten wird.

AST Eisenwaren AG
9496 Balzers Neugrüt Tel. 075/42758

Ihre grosse chance
PREISE

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell – frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.